

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Redaktion: Zeitungsplatz 10, Tel. 25201. Druckerei: Zeitungsplatz 10, Tel. 25201. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Belegbogen monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1,70 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 236. Dresden, Mittwoch den 9. Oktober 1918. 29. Jahrg.

In der Schwebe.

Kabinettswechsel in der Türkei. — Slawischer und ungarischer Selbständigkeitsdrang.

Es ist zur Stunde noch nicht bekannt, ob der Reichskanzler heute schon im Besitz wichtiger Nachrichten über die Aufnahme seiner Note an Wilson ist, deren Mitteilung an den Reichstag und an das deutsche Volk erfolgen soll. Erst am Montag meldete Reuters, daß der Schweizerische Gesandte in Washington dem Präsidenten Wilson die für ihn bestimmte deutsche Note überreicht hat. Ebenso ist die entsprechende Note Laurans erst Montag morgen durch den belgischen Gesandten dem Staatssekretär Lansing überreicht worden. Die Gerüchte über eine baldige Antwort Wilsons haben sich, wie für jeden ruhig Urteilenden von vornherein klar war, als falsch erwiesen. Auch bis Dienstag abend ist noch keine weitere Mitteilung über seine Antwort aus Washington abgegangen. Es ist sicherlich damit zu rechnen, daß zunächst die telegraphischen Verhandlungen zwischen Wilson und den europäischen Entente-Regierungen mindestens einige Tage beendigt werden. Daher muß es gegenwärtig noch zweifelhaft sein, ob der Reichskanzler schon nächsten Sonnabend dem Reichstag Abzulesendes über die Absichten Wilsons mitteilen können.

Interessant ist, daß die jetzige Reichsleitung ohne Bezug auf die Maßnahmen herangeht, die zur Begründung der neuen Ordnung erforderlich sind. So hat der Bundesrat bereits Dienstag einen Geheimgesetz angenommen, der das Recht betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1918 und den Artikel 21 der Reichsverfassung abändert. Der Geheimgesetz schafft die formale Voraussetzung des parlamentarischen Regimes, indem er die in die Regierung einwirkenden Reichstagsabgeordneten vor dem Verlust ihres Reichstagsmandats schützt und ihnen die Möglichkeit gibt, zu beratender Stimme an den Verhandlungen des Bundesrats teilzunehmen. Auch die Frage der Autonomie für Elsaß-Lothringen soll schnell zur Lösung gebracht werden. Der bisherige Statthalter von Dalmatien ist nach Belm berufen worden; er dürfte sicherlich auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren. Ob die Nachricht der Franzfurter Zeitung, daß der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hans zum Staatssekretär von Elsaß-Lothringen auszuwählen ist, zutreffend ist, läßt sich zur Stunde noch nicht feststellen.

Über die Aufnahme, die das Friedensangebot bei Wilson finden wird, lassen sich keinerlei sichere Voraussetzungen machen. Kommissarisch macht die Fülle der Pressestimmen über die Aufnahme des deutschen Friedensangebots im Auslande. Bei der Beratung der Pressestimmen ist, wie auch die Nord- und Ost-Vertröge, zu berücksichtigen, daß sie nicht ohne weiteres die Meinung der betreffenden Regierung widerspiegeln. In den Pressestimmen der kriegsgegnenden Staaten waltet allerdings doch ein Nachdruck, aber auch Widerspruch gegen die Verwirklichung des Angebots. Die mauritanischen Blätter in London und Paris fordern, daß Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei sich bereitstellen müssen, die Waffen auszuliefern und die besetzten Gebiete von vornherein zu räumen. Andernfalls sei an Waffenstillstand und Friedensverhandlungen nicht zu denken. Auch in der amerikanischen Presse treten die übermäßigen Siegesforderungen stark hervor. Ob Wilson sich von diesen erregten Angriffen bestimmen lassen wird, steht dahin. Das deutsche Volk wird jedenfalls in ruhiger Fassung und Geduld abwarten, ob die Gegner nunmehr bereit sind, dem weiteren Untergang ein Ende zu machen oder ob sie es anders wollen. Die Regierungen drüben werden dabei nicht außer acht lassen dürfen, daß auch ihre Völker das Angebots bis zum Äußersten ertragen haben und von Bewußtsein nach Frieden erfüllt sind.

Zur Frage, warum sich die deutsche Friedensnote nicht unmittelbar an alle kriegsführenden Mächte, sondern auf dem Wege über den Präsidenten Wilson an sie gerichtet hat, wird dem Vorwärts geschrieben: Mit der Annahme des Wilsonschen Programms hat die deutsche Regierung einen Schritt getan, dessen Bedeutung neben der sachlichen Seite auch darin liegt, daß damit der Persönlichkeit des Präsidenten Wilson ein Vertrauen votum weitestgehender Art entgegengebracht worden ist. Dieses Vertrauen gilt der Aufrichtigkeit der idealen Weltanschauung, die in den Rundgebungen des Präsidenten Wilson stets zum Ausdruck gekommen ist. Aus dieser Auffassung erwächst die Erwartung, daß Herr Wilson das von ihm aufgestellte Prinzip Deutschland gegenüber in einer Weise einhalten wird, die sich aus seiner gerechten Anwendung ergibt und damit auch den Interessen unres. Volkes entspricht. Der Präsident hat immer zum Ausdruck gebracht, daß sein Programm als unteilbares Ganzes aufzufassen ist. Das Vertrauen, das das deutsche Volk zum Ausdruck bringt, läßt uns in Ruhe die Antwort erwarten.

Wilson und die Entente.

Es ist in diesem Augenblick außerordentlich wichtig, daran zu denken, daß die französische Presse sich in lebhaften Klagen, die

Gewaltige Schlacht zwischen Cambrai und St. Quentin entbrannt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Cambrai und St. Quentin ist die Schlacht von neuem entbrannt. Unter Einsatz gewaltiger Artilleriemassen und unter Zusammenfassung von Panzerwagen und Fliegergeschwadern griff der Engländer im Verein mit Franzosen und Amerikanern unsere Front von Cambrai bis St. Quentin an. Auf dem nördlichen Angriffsfügel war der Ansturm des Feindes nach hartem Kampfe gegen Mittag westlich der von Cambrai auf Bohain führenden Straße gebrochen. In den Abendstunden sind hier erneute Angriffe des Feindes gescheitert. Zu beiden Seiten der in Richtung Le Chateau führenden Höhenstraße gelang dem Gegner ein tieferer Einbruch in unsere Linien. Die Engländer feierten die Eroberung des Salincourt-Gleisens und westlich von Bohain an. Auf dem Südflügel des Angriffs konnte der Gegner nur wenig Gelände gewinnen. Die südlich von Montbrehain kämpfenden Truppen schlugen alle Angriffe des Feindes in ihrer vorderen Infanteriestellung ab. Durch den Einbruch in der Mitte der Schlachtfrent in ihrer Flanke bedroht, mußten sie am Abend ihren Flügel an den Westrand von Fresnoy le Grand zurücknehmen.

In der Champagne nahmen Franzosen und Amerikaner zwischen der Suippe und westlich der Aisne unter großer Kraftanstrengung ihre Angriffe wieder auf. Auch sie erstreckten nach aufgefundenen Beschießen erneut den Durchbruch durch unsere Front. Am anderen Ende von St. Etienne brach der Feind in unsere Linien ein. In den Nachmittagstunden angelegter Gegenangriff warf den Gegner hier wieder zurück. An der übrigen Front sind die Angriffe des Feindes völlig gescheitert. Verlorene Einbruchsstellen wurden im Gegenstoß wieder gesäubert. Teilangriffe an der Aisne und sehr heftige Angriffe der Amerikaner am Ostrand des Argonner Waldes und im Aire-Tale wurden abgewiesen.

Auf dem Ostrand der Waas griff der Feind zwischen Prabsart und Orens nach starker Artilleriewirkung an. Der in den Wald von Konzenvoort eindringende Gegner wurde dort zum Stehen gebracht. An der übrigen Front schlugen wir ihn vor unren Kampflinien ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*Das feindliche
Raffaufgebot
hüft auf die Rheinfront
unsern Vorkämpfer
Prinz Paulwiza.*

Am Sonnabend keine Reichstagsführung.

Berlin, 9. Oktober. Untgegen einer Zeitungsmeldung sind bisher über den Zeitpunkt des Wiederzusammentritts des Reichstages noch keine Bestimmungen getroffen worden.

Berlin, 9. Oktober. Wie wir hören, ist der Kriegsminister General der Artillerie v. Stein auf seinen Wunsch von seinem Amte als Staats- und Kriegsminister entbunden worden. Wladimir ist zum Chef des Feldartillerie-Regiments Nr. 32 ernannt worden. Ueber seine weitere Verwendung ist Bestimmung noch nicht getroffen. Zu seinem Nachfolger ist der Chef des Kriegsbüros, Generalmajor Scheuch, unter Beförderung zum Generalleutnant bestimmt.

von den Times aus dem Echo de Paris übernommen worden sind, darüber ergangen hat, daß die Vereinbarstellung der Alliiertenpolitik bisher an der Weigerung Wilsons an dem politischen Kriegstrategie zu scheitern, gescheitert ist. Ein solcher politischer Rat existiert ja in Paris. Diese Weigerung ist kaum vierzehn Tage alt, und man kann ihre Bedeutung nur im Zusammenhang mit Wilsons daraus folgender Aufforderung an die Alliierten, ihre Kriegsziele darzulegen, richtig verstehen. Wilson will eben nicht nur der erste unter den Alliierten sein, sondern, wie er es stets gemocht hat, als „Unparteilicher“ in die Friedensverhandlungen eintreten. In der Vorbereitung dieser Rolle ist Präsident Wilson durch die jetzigen deutschen Vorschläge sozusagen überfordert worden. Man kann daraus folgern, daß Präsident Wilsons Antwort, wenn sie nicht ein barens Nein enthält, erst erfolgen wird, wenn die keineswegs unkomplizierte prinzipielle politische Auseinandersetzung, die ihm zum großen Teil mit seinen Bundesgenossen noch bevorsteht, kollapsen ist. Es wird sich bei dieser Auseinandersetzung vor allen Dingen um die Selbständigkeit Wilsons handeln. Die natürliche Feindschaft der Solidarität den Alliierten gegenüber aufgeben wird.

Amerikanische Vernichtungsstimmen.

Reuter versendet die folgenden Pressestimmen über die deutsche Note aus Washington: Der New Yorker Herald schreibt: Es kann keinen Waffenstillstand und es kann keine Unterhandlungen geben, solange sich Deutschland vorher nicht bedingungslos unterwirft. Wir haben gerade den Krieg erst begonnen. Die Teilnahme erklärt: Wir haben eine Bedingung gestellt, nur eine, und die ist Gewalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt ohne Ziel, und das ist, daß wir für immer das Ungeheure vernichtet haben, das uns seine blutige Hand hinreckt. Der Boston Herald ist der Meinung, daß nur die bedingungslose Übergabe die Tür öffnet, die zu wirklichen Friedensverhandlungen führt.

Roosevelt.

aus New York wird einem hiesigen Nachrichtenbureau telegraphiert: Präsident Roosevelt hat sich in einer Rede in Minneapolis für die Verwerfung der Friedensvorschlüge des Prinzen Max von Baden ausgesprochen. Dem Ull. Handelsbl. wird aus London gemeldet, daß die Auffassung in Amerika, soweit sie bisher in London bekannt wurde, in keiner Hinsicht der Annahme eines Waffenstillstandes günstig sei.

Weitere Stimmen der englischen Presse.

Die der Times Rotterdamische Courant aus London meldet, während die Daily News dem deutschen Angebot einen unpatriotischen Artikel. Das Blatt hat außerdem zur Erklärung des Prinzen Max über die Richtung der neuen deutschen inneren Politik und zur konstitutionellen Entwicklung und schreibt: Die erste Bedingung für Verhandlungen ist das Vorhandensein einer Regierung, die im Namen des Volkes sprechen und für jede getroffene Vereinbarung die Verantwortlichkeit des Volkes geben kann. Prinz Max sagt, daß diese Bedingung erfüllt ist. Seine Worte sind geschickt gewählt. Wenn die Rede des Prinzen Max die Stimmung des deutschen Volkes widerspiegelt, so scheint es, daß das Ende erreicht worden ist. Bezüglich Belgien ist die Erklärung doppeldeutig, aber der Prinz hat das Wort Schandenbergsung gebraucht. Das Blatt bedauert es, daß die Alliierten sich über ihre Politik noch nicht geeinigt haben. Eine Erklärung über die gemeinsamen Kriegsziele ist eine absolute Notwendigkeit.

Nach dem Kinne Rotterdamischen Courant führt der Londoner Vertreter des Manchester Guardian von gutunterrichteter Seite, daß den deutschen Vorschlägen etwas Wesentliches fehle, nämlich die Bereitschaft, das sie nicht auf der Friedenskonferenz dieselbe Berücksichtigung durchzusetzen wie die ursprünglichen russischen Forderungen in Bruch. In einem Artikel nennt der Manchester Guardian den Schritt des Prinzen Max ein wichtiges Ereignis, das Wilson und die Alliierten zweifelsohne auch als solches behandeln würden. In seiner Betrachtung über die Antwort, die gegeben werden sollte, beginnt der Manchester Guardian mit der Erklärung, daß nichts geschehen sei, was Wilsons Meinung gegenüber der deutschen Regierung ändern könnte. An der Verfassung Deutschlands habe sich nichts geändert. Das Blatt glaubt aber, daß die Alliierten mit ihrer Zustimmung zu Unterhandlungen nicht warten sollten, bis die ganze Regierungsmaschinerie in Form ist.

Der Star schreibt: Wir können den Worten Deutschlands nicht glauben. Die Alliierten müssen festliche Verfügungen für die behauptete Forderung der deutschen Verfassung haben.

Daily Mail schreibt: Die deutschen, mit Preußen und Österreich genau so zu verfahren wie mit Bulgarien. Wenn das deutsche Volk aufrichtig ist und die Verfügungen zu bieten wünscht, die wir fordern, so können sie in zwei Worte gefaßt werden: Bedingungslos Übergabe.

Die Times schreiben: Es wäre möglich, dem Vorschlag des Waffenstillstandes irgendwelche Bedeutung beizumessen. Die Deutschen wissen das. Dem ebenso wenig können Vorschläge des Prinzen Max aufhalten wie gewisse Teile des Strom des modernen Krieges. Das erkannte die österreichisch-ungarische Regierung im letzten Monat.

Morning Post schreibt: Wir müssen noch erklären, worin der Nachlass des Prinzen Max von der Forderung Österreich-Ungarns abweicht, die von Präsident Wilson abgelehnt worden ist. Prinz Max wurde vom Kaiser und nicht vom Reichstag ernannt, und wenn er den Hohen seinen Herrn gebietet hat, wird er wie seine Vorgänger entlassen werden. Der Kaiser spreche über die deutsche Regierung die sie nicht verändert hat. Sein Versuch, die neue oberflächliche Behandlung als demokratische Reform hinzustellen, ist zu handbreitlich. Deshalb vermag die Friedensnote die von Wilson aufgestellten Bedingungen nicht zu erfüllen. Ihr Ziel ist, einen Gegenstoß zwischen den Alliierten und den Vereinigten Staaten hervorzuheben. Wenn Deutschland seine Bereitwilligkeit erklärt, die Bedingungen anzunehmen, die ihm von den Alliierten auferlegt werden, dann und nicht eher wird es den Frieden erhalten, den es verdient.

Das Österreichische Bureau.

Das Österreichische Bureau erzählt aus Kreisen der fremden Diplomaten, daß die Alliierten, die man dort habe, keinen der englischen Regierung entsprechen, nämlich, daß die größte Schwierigkeit bei der Ordnung der durch die Rede des deutschen Reichskanzlers gekennzeichneten Lage behandelt werden müsse, bis viele Punkte klarer geworden seien, als sie mangels eines amtlichen Berichtes sein könnten. Diplomatisch scheint der nächste Schritt beim Präsidenten Wilson zu liegen. Der Präsident habe keine Politik durchzusetzen und soweit man schließen könne, folge der Kanzler,

Die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Berlin, 8. Oktober. Der Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers Graf v. Roedern, hatte mit Parteiführern des Reichstages eine Aussprache über die Kriegsanleihe. Es waren die Reichstagspräsidenten Fehrenbach vom Zentrum die Abgeordneten Gröber und Trimborn, von den Sozialdemokraten Gröber und Scheidemann, von den Nationaldemokraten die Abgeordneten Graf v. Westarp und Dietrich, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Biemer und Hildebrand, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Freytag v. Lumbach und Schulz (Fromberg) erschienen. Der Staatssekretär führte aus:

Wie Sie gesehen haben, ist die 9. Kriegsanleihe zur gegenwärtigen Zeit zur Zeichnung aufgelegt worden. Die Mittel für die Kriegsanleihe sind wohl vorhanden. Das geht aus der Bilanz der fremden Gelder bei den Banken hervor, wie auch aus den Anlagen bei den Sparkassen, die die Refinanzierung von 200 Millionen Mark in den ersten acht Monaten d. J. gegen 240 Millionen Mark in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zeigen.

Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Ich habe das Bedürfnis, vor Ihnen zu wiederholen, was ich schon früher im Reichstage und außerhalb erklärt habe: Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag, materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeitskraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volk bezeichnet. Unser Volkvermögen hat zwar durch den Verbrauch vieler Güter für die Kriegführung eine gewisse Einbuße erlitten; aber in der Hauptsache steht es noch ungehindert da. Unsere Kohlen- und Eisenerz-, unsere Leder-, unsere Holz- und Wälder, unsere Eisenbahnen, Industrieanlagen, Fabriken, Häfen und Häuser, alles ist noch vorhanden.

Das deutsche Volkseinkommen, also das gesamte Einkommen unseres Volkes, betrug vor dem Kriege etwa 40 Milliarden Mark. In dem Kriege ist dieses jahrelang erheblich gesunken. Die Summe bietet eine Gewähr dafür, daß auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist. Denn wenn diese die befallenen Opfer an Arbeitskräften in Rechnung zu bringen, dann wird doch deutsche Unternehmungskraft, deutsche Ausdauer und deutscher Arbeitswille in der Lage sein, das Volkseinkommen für die zur Deckung des Zinsbedarfs erforderlichen hohen Steuerlasten möglich zu machen.

Das deutsche Bundesrat und Reichstag gemißt sind, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für die Deckung der Kriegsanleihebeständen in voller Höhe Sorge zu tragen, wobei allerdings keineswegs in dem Sinne, daß die Kriegsanleihe des Jahres 1918 verschoben, sondern daß 25 Milliarden Mark laufende und 1,8 Milliarden Mark einmalige Einnahmen erfolgen. Ich kann versichern, daß der Bundesrat bereit ist, auch weitere für entsprechende Deckung der Zinsen zu sorgen, und ich wiederhole hierbei, daß bei allen Steuern, die nach kommen werden, der Betrag der Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wird, wie der, der seiner Pflicht zur Zahlung in dieser schweren Zeit nachzukommen ist. Ich werde sogar dafür ein, daß derjenige, der sich hinterhält in schwerer Zeit finanziell nicht im Stich gelassen hat, im Bundesrat in schwerer Zeit finanziell nicht im Stich gelassen hat, im Bundesrat in schwerer Zeit finanziell nicht im Stich gelassen hat, im Bundesrat in schwerer Zeit finanziell nicht im Stich gelassen hat.

Für die Zeit nach dem Kriege ist eine Aufnahmemaßnahme in großem Stil in Aussicht genommen, die einen Rückgang der Verschuldung verhindern soll. Durch diese Aufnahmemaßnahme werden Schwankungen größeren Umfangs vermieden werden, und darin liegt eine beachtenswerte Bevorzugung der Kriegsanleihe anderen Krediten gegenüber. Ich wäre Ihnen dankbar, meine Herren, wenn Sie auch ihrerseits den Gerüchten entgegenzutreten wollten, wenn solche an Ihr Ohr kommen. Denn wir müssen den Weg zur Kriegsanleihe freimachen; sie muß das höhere Maß der Sicherheit der Geschlossenheit der Heimat haben, die hinter den tapferen Verteidigern an der Front steht.

Ein übles Spiel.

Die Parteileitung der Unabhängigen weiß auch in den letzten entscheidungsschweren Tagen nichts Besseres zu tun, als den geschäftigen Streit innerhalb der deutschen Arbeiterklasse fortzusetzen und zu vermehren. Als mehr als jezt wäre es nötiger den Richtungsstreit einzustellen und die Einigkeit der Arbeiterbewegung herbeizuführen, damit in der kommenden Zeit die Interessen der Arbeiterklasse nachdrücklich geltend werden können. Aber die Parteileitung der Unabhängigen vertritt nicht einen Aufruf, der zwar kaum eine ernsthafte Forderung enthält, die nicht auch von der Sozialdemokratischen Partei ebenso oder ähnlich gestellt wird, aber übermäßig sich in Anklagen gegen die Sozialdemokratische Partei, deren Unstimmigkeit für jeden, der nüchternen Denkers nachhaken will, offen zutage liegt.

So wird zum Beispiel behauptet, die Sozialdemokratische Partei besetze nicht die Forderung der Amnestie. Nun hat aber die sozialdemokratische Presse die Amnestie nicht nur gefordert, sondern, was etwas mehr ist, sie angekündigt. Forderung ist leicht und bequem, das wissen wir aus alter Zeit. Durchsetzen ist schwerer. In diesem Falle hat aber die Sozialdemokratie schon ein gut Stück des Beforderlichen durchgesetzt, ehe noch die Unabhängigen mit dem Fordern begannen.

In dem Aufruf wird weiter gesagt, die Sozialdemokratie sei in die Regierung berufen worden, um die bürgerliche Gesellschaft zu stützen, sie habe die Forderung aufgegeben, daß die Katastrophe des Weltkriegs von der Sozialdemokratie ausgeglichen werden müsse, an Stelle des sozialistischen Systems das sozialistische zu setzen. Daß die Sozialdemokratie die bürgerliche Gesellschaft stützen will und den Sozialismus preisgibt, ist weiter nichts als eine Wahndarstellung, die den Unabhängigen von ihrem Kampf gegen ihre einstigen Parteigenossen eingegeben ist. Allerdings, das geben wir zu: Wir betrachten den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in eine sozialistische nicht als die Aufgabe der nächsten diesjährigen oder zwei Wochen. Die Aufgabe dieser nächsten Zeitspanne ist, einen gesicherten Frieden für alle Völker der Welt herzustellen und die Umwandlung Deutschlands in ein demokratisches Staatswesen zu vollziehen. Das ist noch nicht alles, aber es ist doch immerhin schon etwas, und wenn die Sozialdemokraten zu diesem nächsten großen Ziel in die Regierung eingetreten sind, so wird man das allgemein, von einem kleinen Häuflein eingetragener Bonaparte abgesehen, sehr gut begreifen.

Der Aufruf der Unabhängigen sagt, die Sozialdemokratische Partei sei ohnmächtig und einflusslos gewesen, solange das Kriegsgeld den Imperialisten günstig war, obwohl sie oder richtiger, weil sie Kriegsgeldverwilligung, darauf wird die Frage erlaubt sein, zu welcher Macht und zu welchem Einfluß die Unabhängigen dadurch gelangt sind, daß sie die Kriegsgeldverwilligung, und wobei Schanden der Krieg dadurch verläßt worden ist. Die Sozialdemokratie hat die Forderungen ihrer auswärtigen und inneren Politik allerdings nicht durchsetzen können, solange die bürgerliche Welt im Stagestrauch schwebte. Aber all das, was in den letzten Tagen geschehen ist und von dem selbst die Unabhängigen gesagt haben, daß es gut ist, ist doch nicht von den Unabhängigen, sondern von den Sozialdemokraten gemacht worden. Die Unabhängigen taten bei dieser Gelegenheit, was sie immer tun: Sie ständen mit den Händen in den Hosentaschen dabei und verhielten, sie könnten das alles viel besser.

Wie zum Lohn proklamieren der unabhängigen Aufruf zum Schluß die Einigkeit des Proletariats unter dem unbesetzten Banner der Unabhängigen. Diese „Einigkeit“ ist natürlich gar nichts anderes als durch die Zerstörung der ganzen Arbeiterbewegung zu erreichen, die bisher, von einer kleinen Minderheit abgesehen, im Lager der Sozialdemokratie steht. Wäre diese „Einigkeit“ überhaupt zu erreichen, so nur auf dem Wege eines einseitigen zerrüttenden Kampfes innerhalb der Arbeiterklasse selbst, und das in einem Augenblick, der mehr denn je festen Zusammenhalt, unbedingte Solidarität, stärksten Ansehen der Organisation erfordert.

Das Beste, was man von den Unabhängigen nach ihrer neuesten Leistung sagen kann, ist, daß ihre Methode der Zukunft des Sozialismus weiter nicht schaden wird, weil sie nicht einmal dazu imstande ist.

Die neue politische Lage in der Partei.

Am Sonntag den 8. Oktober sagte im Reichstag eine Bezirkskonferenz für Schlesien, die von dem nach dem Bezirksrat vorsehenden Vertreter der Volkspartei und fünf Reichstagsabgeordneten besucht war. Der Vorkonferenzende Tagert berichtete zunächst über die erste Sitzung der Parteivollversammlung der Reichstagsfraktion, die sich mit der Frage des Eintritts in die Regierung beschäftigte. Am Ende dieses Berichtes über den Verlauf der am 2. Oktober erneut zusammenberufenen Sitzung des Parteivollschusses, die den einstimmigen Beschluß faßte, im Interesse eines baldigen Friedens und einer Umgestaltung der politischen Verhältnisse in die Regierung einzutreten. Zum Schluß machte der Redner zusammenfassend dem Ausdruck, daß mit dem Mehrheitsprogramm zwar die Demokratisierung im weitesten Sinne nicht durchgeführt wurde, doch sei ein großer Schritt auf dem Wege zur Demokratie erreicht. Die Partei bringe mit ihrem Eintritt in die Regierung zum Ausdruck, daß sie in schwerer Zeit alles zu tun bereit sei, um die Leiden des Volkes zu mildern. Mit anderen Worten sei den Arbeitern in einer solchen Katastrophe nicht beholfen. Wir müssen uns höchsten Pflichtbewußtsein durchdringen an unserem Platz stehen, um der Arbeiterschaft zu zeigen, daß die Partei in der schwersten Zeit und in der denkbar kritischsten Situation die Rechte und Interessen der wirtschaftlich Schwächeren wahrnimmt. An die Verwirklichung schloß sich eine lebhafteste Aussprache.

Reichstagsabgeordneter Schmidt: Er sei nicht prinzipieller Gegner des Eintritts, doch hätten ihn der Zeitpunkt und die Bedingungen bedauert, dagegen zu stimmen. Er wünsche jedoch im Interesse der Partei und des gesamten Volkes, daß das Experiment gelinge.

Sindermann: Durch unseren Eintritt in die Regierung wollen wir mitwirken, das Elend zu mildern, unter dem die Arbeiter in der kommenden Zeit leiden werden. Gälten wir uns beiseite gestellt, würden doch die deutschen Arbeiter nicht verstehen. Sie hätten dann mit Recht sagen können, die Sozialdemokratie hat uns im Augenblick größter Not im Stich gelassen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Grodnowski: Die Sozialdemokratie hat immer auf dem Standpunkt der schrittweisen Eroberung der politischen Macht gestanden. Nach vor wenigen Wochen schien die Annahme der sozialdemokratischen Forderungen durch die Regierung und die Reichstagsparteien ausnahmslos. Wenn das Mehrheitsprogramm heute wertvolle und großzügige Forderungen enthält, dann können wir die Ende nicht übersehen lassen, weil nicht alles von uns Beforderte erreicht wurde. Das gegenwärtige Programm bedeutet eine vollständige Umwälzung im Verfassungsbereich Deutschlands. An seiner Spitze steht die Forderung nach Frieden, und daher war es nötig die alte Regierung als das schlimmste Friedenshindernis aus der Welt zu räumen. Die Sozialdemokratie hat immer auf dem Standpunkt gehalten, daß wir in diesem Kriege keine Eroberungen machen können, vielmehr alles aufgeben müssen, das Land vor Unglück zu bewahren. Die Ereignisse haben uns in diesem Umfange recht gegeben.

Reichstagsabgeordneter Krähig: Bezüglich des allgemeinen Wählrechts in Sachsen müssen die Arbeiter mit aller Energie auf Erfüllung der Forderung der Reichsregierung dringen. Wenn wir heute in den Organisationen der Arbeiter- und Arbeiterbewegung einen Einfluß verlangen, ist es nicht logisch, diesen auch in der großen, alles umfassenden gesetzlichen Verwaltung, der Regierung, anzufechten. Dort haben wir gegenwärtig, das wir es besser machen können als die bisherige Regierung. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein die Arbeiter vor der größten Not zu schützen. Soweit Christenpflicht eintritt, muß durch eine einschneidende Vermögensbesteuerung von den Arbeitgebern die Lage gebessert werden. Es gilt im gegenwärtigen Augenblick die Ruhe zu erhalten und schrittweise aber vollständig die politische Macht an uns zu ziehen, um vor allem auf dem für die Arbeiterklasse so wichtigen wirtschaftlichen Gebiete unseren Einfluß geltend zu machen.

Westf. Freyberg ist von den Bedingungen, unter denen der Eintritt in die Regierung erfolgt ist, nicht befriedigt, doch erklärt er, nicht prinzipieller Gegner der Beteiligung an der Regierung zu sein.

Schwarz-Röhling: Wenn auch Bedenken nach mancher Richtung bestehen, so müsse man sich doch mit dem eingeschlagenen Wege einverstanden erklären. Der Eintritt in die Regierung dürfe aber nicht als Schritt betrachtet werden, um Frieden mit der bürgerlichen Gesellschaft zu schließen. Es sei vielmehr der erste Schritt zur Verwirklichung der proletarischen Klassen aus der kapitalistischen Herrschaft.

Geing. Grodenhain: Es sei nicht zu billigen, daß der Parteivollschuß und die Fraktion diesen Beschluß schließend gefaßt hätten. Man hätte einen Verteiler auf dem schnellsten Wege einberufen müssen. Obwohl auch er nicht prinzipieller Gegner des Eintritts in die Regierung sei, betraute er den gegebenen Augenblick für noch nicht gekommen.

Reichstagsabgeordneter Bud: Einen Verteiler einzuberufen sei nicht möglich gewesen, da die Ereignisse sich überstürzten. Ein Verteiler hätte die deutsche Arbeiterklasse in Situationen gebracht, die nicht wieder gut zu machen gewesen wären. Nachdem die Entente fertiggestellt erklärt hatte, mit der früheren Regierung nicht zu verhandeln, was es eine gewisse Pflicht, eine andere demokratische Regierung zu schaffen. Es sei sehr leicht absehbar, daß die Regierung in gefährlichen Situationen nicht Abgeordnete und Führer der Partei den Ruf zur persönlichen Verantwortung in sich

tragen, sonst hätten sie nicht als die rechten Männer an ihrem Platze. Wenn wir mit unserem Eintritt in die Regierung warten wollten, bis die bürgerliche Regierung als unfähig abtritt, dann würden wir vor einem Trümmerhaufen stehen und könnten nichts mehr für die Arbeiterklasse tun.

Witz-Dresden: Was heute erreicht wurde, sei ansehnlich der früheren jahrelangen Kämpfe um weniger wichtige Erfolge mehr, als erwartet werden konnte. Die Zukunft sei keine rosig, aber gerade hier solle der Partei die Aufgabe zu, ihren Einfluß zu steigern, um die aus dem Felde kommenden Massen vor der bittersten Not zu schützen. Das dürfe keineswegs etwa an der Finanzfrage scheitern. Habe man während des Krieges die Milliarden für Bewehrung aufgebracht, so müßten erst recht Mittel für die wirtschaftlichen Opfer des Krieges bereitgestellt werden. Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, zu diesem Zwecke kräftig bei den Reichsgewinnen anzusetzen.

Schubert-Rittau spricht sich für die Beschlässe des Parteivollschusses und der Reichsfraktion aus. Unter Vorbehalt war immer, auf anderem Wege zur sozialistischen Herrschaft zu kommen. Dieses Ziel auf einmal zu erreichen ist ein Unfug.

Schubert-Schmidt: Er sei noch reichlichem Zurückdenken der Materie zu der Auffassung gelangt, daß nur eine Lösung in dem Sinne bestünde, könne zu der jetzt die Parteivollschüsse gekommen seien. Auch in den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit denen er in Fühlung komme, erwarte man mit Bestimmtheit, daß die Sozialdemokratie die Hand anlegen zur Verwirklichung der Katastrophe. Der eingeschlagene Weg werde in jenen Kreisen nur begrüßt. Wenn die Ereignisse nicht so kommen werden wie sich mancher vorgestellt, dann soll man nicht glauben, die Arbeiter würden die Partei dafür verantwortlich machen. Sowie sie nicht der Arbeiter in der Provinz politisch schuld, daß er das reale Verhältnis der Partei gegenüber der bürgerlichen Arbeitermacht in Rechnung stelle. Für die Politik des „Alles oder Nichts“ habe Redner schon in Friedenszeiten nicht übrig gelassen.

Kühn-Dresden stellt an diejenigen, die die Einberufung eines Parteitagess wünschlich, die Frage, wie sie gehandelt haben würden, wenn sie bei dem Ueberführen der Ereignisse die Linien der Reichsfraktion gehalten, durch die Verhandlungen im Parteivollschuß zu der Ueberzeugung gekommen wären, daß der Eintritt in die Regierung im Interesse des Volkes einwendig notwendig sei. Zwei Wege gab es nur: Die Sache zum Scheitern der Partei und der Allgemeinheit wegen einer Normierung überlassen zu lassen, oder in diesem geschichtlichen Augenblick zu handeln und die Verantwortung zu tragen. Der Parteivollschuß habe den letzteren Weg gewählt. Die nahezu einstimmige Zustimmung zeige, daß es der richtige war.

Eggert betont in seinem Schlußwort die überaus große Sachlichkeit und das Interesse, mit dem die Verhandlungen geführt wurden. Alle Redner hätten zum Ausdruck gebracht, daß die Partei und ihre Organe alles aufbieten würden, um die Last der arbeitenden Klassen zu erleichtern. Aufgabe der Parteivollschüsse sei es nunmehr, auch bei uns in Sachsen den vollständigsten Kampf aufzunehmen, um schließlich die Verwirklichung des gegenwärtigen Wahlversprechens und eine Demokratisierung unter Verwirklichung herbeizuführen. Die weiteren Anweisungen nach dieser Richtung werden noch ergehen. Hierauf erfolgte die einstimmige Annahme der bereits veröffentlichten Resolution.

Parteiangelegenheiten.

Der Gläubiger der bänischen Sozialdemokratie. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anlässlich der Demokratisierung Deutschlands ein herzliches Glückwunschkommuniqué geschickt, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Tage des Friedens und der politischen Befreiung des deutschen Volkes jetzt kommen möchten.

Letzte lokale Nachrichten.

Tod durch Gasbergung.
Heute vormittag, kurz vor 8 Uhr wurde in ihrer in der Viktorstraße gelegenen Wohnung eine 37jährige Schneiderin tot aufgefunden. Ihr Tod war durch Einatmen von Leuchtgas während der Nacht eingetreten. Es lag Selbstmordverdacht vor. Die an dem Mädchen angelegten Wiederbelebungsbemühungen blieben erfolglos.

Ein brennendes Schiff.
Heute vormittag in der zehnten Stunde stand im König-Albert-Hafen ein beladener Frachtbagger in Flammen. Wahrscheinlich infolge zu starken Anhaltens eines Kessels im Wohnraum des Schiffes hatten sich die Wohnabteile entzündet und das Feuer weiter verbreitet. Die geräuschvolle Feuerwehrlage wurde mit zwei Roden die Gefahr beseitigt, da in dem Hafen sehr wertvolle Frachtbagger eingeschlagen sind.

Kein Mangel an Baumaterialien mehr.
Die Beschaffung von Baumaterialien, insbesondere Dach- und Mauerziegel, soll nunmehr zur Befriedigung der Wohnungsnöte von Kriegswirtschaft in die Wege geleitet werden. Diejenigen Bauherren, die bereits für das Jahr 1918 Kleinwohnungen errichten wollen, sollen dem Bauinspektorat veranlassen, ihre Baugesuche zur Genehmigung einzureichen. Das Bauinspektorat empfiehlt den Bauherren, möglichst jetzt schon mit einer Anzahl abzurufen oder für den nächsten Winter anzumelden. An Baugeldbedarf für dieses oder nächstes Jahr anzumelden, auch sind die Preise der Ziegel ermäßigt worden. Soweit der eingereichte Bauplan vom Bauinspektorat genehmigt ist, kann mit dem Bau der Kleinwohnungen sofort begonnen werden.

Nährmittelverteilung im Amtshauptmannschaftlichen Bezirke Dresden-Nordstadt.
Von den für die Amtshauptmannschaft Dresden-Nordstadt auf die Zeit vom 29. September bis 28. Oktober ausgeteilten Nährmittellisten werden beliebt: Abschnitt II der weichen Nährmittelliste A: Kinder im 1.-2. Lebensjahre mit 1 Pfund Getreide, Kinder im 3.-4. Lebensjahre mit 1 Pfund Getreide; Abschnitt III der weichen Nährmittelliste A: Kinder im 1.-2. Lebensjahre mit 1/2 Pfund Getreide, Kinder im 3.-4. Lebensjahre mit 1/2 Pfund Getreide; Abschnitt II und III der hellgrünen Nährmittelliste D mit je 1/2 Pfund Getreide.
Die Anmeldung der Nährmittellisten II und III in einem Kleinhandelsgeschäft hat spätestens am 10. oder 11. Oktober zu erfolgen. Soweit Nährmittellisten A in Frage kommen, ist bei der Anmeldung von dem Verbraucher ein Gebührenschein mit vorzulegen und vom Kleinhandelsauf der Rückseite des Nährmittellistenabdrucks zu vermerken, ob das betreffende Kind unter oder über 2 Jahre alt ist. Nährmittellisten von Nährmittellisten der Stadt Dresden, der Amtshauptmannschaftlichen Dresden-N. und Firma oder eines anderen auswärtigen Vertriebsbezirks können im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-N. bei Inhabern von Kleinhandelsbetrieben nicht zur Verlieferung angemeldet werden. Die Geschäftsinhaber haben die Nährmittellisten bis zum 12. Oktober bei ihrer Gemeindebehörde abzugeben. Die Verzeichnisse der Gemeindebehörden sind spätestens bis zum 15. Oktober der Amtshauptmannschaft anzugeben.

Verherung der sächsischen Landesmeterwerke
für den 10. Oktober;
Zehnwerte ausfindig; Hüter, Reberträge möglich.

Sächsische Angelegenheiten.

Reformbestrebungen in Sachsen?

Eine Korrespondenz hatte die Meinung verbreitet, daß in einer Gesamtsitzung des Ministerrats beschlossen worden sei, durch eine Grundgesetzgebung der Regierung eine Wahlrechtsreform und eine freigeleitete Neugestaltung auf anderen Gebieten anzuempfehlen. Daraufhin beruhte eine maßgebende amtliche Stelle, festzustellen, daß die Forderung unzureichend sei. Wie konnte man auch die sächsische Regierung in Verleugung der Reichsregierung, die sich aus diesem Anlaß direkt an das Ministerium des Innern gewandt hat, in Anspruch nehmen? Es steht weder eine detaillierte Ausarbeitung bevor, noch ist bis jetzt seitens der sächsischen Staatsregierung eine Abänderung des Wahlrechts im Auge gefaßt worden. Die Staatsregierung sieht bis jetzt noch auf dem Boden der von ihr im sächsischen Landtage abgegebenen Erklärungen.

Das Leipziger Blatt zieht daraus den Schluß, daß im Schoße der Regierung doch Erörterungen stattgefunden haben müssen, die mit dem Umsturz in Berlin in Verbindung stehen. Und es bemerkt dazu: „Man wird sich auch in Dresden damit abfinden müssen, daß die Vorgänge in Berlin nicht ohne Folgen für Sachsen bleiben können.“ Daß die Vorgänge im Reich nicht ohne Folgen in Sachsen bleiben können, meinen wir auch, jedoch werden diese Folgen einwirken, ob mit oder ohne den Willen der sächsischen Regierung. Wir sind sogar der Meinung, daß eine den veränderten Verhältnissen angemessene Neugestaltung im Innern Sachsens mit dem Verbleibe der jetzigen Regierung unvereinbar ist. Wenn sich die sächsische Regierung aber auch für eine Reformpolitik entscheiden sollte, so erzieht es doch ausgeschlossen, dadurch Vertrauen für eine Regierung wahrzunehmen, die selber ohnehin im Lager der Reaktionskräfte und Großenpolitiker gekauert, mit jenen Reaktionen gemeinsame Sache gemacht hat, die die Not des Vaterlandes in hohem Maße mit verschuldet haben.

Landbesatzung für Wohlfahrtspflege.

Vom sächsischen Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem höchsten Kriegsausschusse heranzuführen, wurde am Dienstag in Dresden unter starker Beteiligung aus ganz Sachsen die erste sächsische Landesbesatzung für Wohlfahrtspflege abgefaßt. Sie wurde vom Minister Grafen v. Helldorf mit einer Besetzung von 100 Mann abgefaßt, die dabei darauf hinwirken, daß diese erste Landesbesatzung für Wohlfahrtspflege eine dem Reich entsprechende sein soll. Es sei eine alle Erziehung, daß sich der Volk mit dem Wohlfahrtsdienst und sozialer Betreuung auf der Höhe halten kann, wenn es über einen ausreichenden Vorrat an Nahrungsmitteln verfügt. Das sind die Aufgaben, die nicht nur der Staat, sondern das gesamte Volk. Sachsen habe in den letzten Jahren eine erschreckend hohe Zahl von Säuglingssterblichkeit festgestellt. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1918 sind 1000 Tote registriert, die auf die Säuglingssterblichkeit zurückzuführen sind. Die Säuglingssterblichkeit ist ein Zeichen für die mangelnde Ernährung der Bevölkerung. Die Säuglingssterblichkeit ist ein Zeichen für die mangelnde Ernährung der Bevölkerung. Die Säuglingssterblichkeit ist ein Zeichen für die mangelnde Ernährung der Bevölkerung.

Landbesatzung für Wohlfahrtspflege.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

Neuauflage der sächsischen Säuglingsfürsorge in Dresden. Dr. v. Harbort, aber die Durchführung der öffentlichen Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Stadt und Land. Wenn auch in der letzten Zeit relativ eine Besserung in bezug auf die Säuglingssterblichkeit zu verzeichnen ist, so ist dies nicht auf die besprochenen Einrichtungen, sondern auf den Bedienungszugang zurückzuführen. Das zeigt aber die Notwendigkeit der Besatzung der Wohlfahrtspflege. Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

Die Besatzung der Wohlfahrtspflege wird eine starke Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zeigen müssen. Mit diesen Besatzungen werden man besonders in Sachsen zu kämpfen haben angesichts des großen Mangels an genügend ausgebildeten Sozialarbeitern. Von den Säuglingssterblichkeit muß eine erhebliche Verminderung verlangt werden. Während die Ausbildung für die Besatzung eine einfache sein würde, würde sie für das ganze Land bei den derzeitigen geistigen Verhältnissen eine viel größere sein müssen. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Besatzungen weiter und weiter zu dieser Höhe heranzuführen. Sie aber als öffentliche Arbeiterinnen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu betrachten, geht zu weit. Im Hinblick auf die Besatzungen ist in den nächsten Wochen mit diesen Besatzungen zu rechnen. Es ist nicht gleichgültig mit diesen Besatzungen zu rechnen.

(Berlin) redete vor allem der Verfassung der unehelichen Kinder und der Kinder der arbeitenden Frau das Wort. In der weiteren Debatte teilte Prof. Dr. Weill von der Leipziger Kriegsanstalt mit, daß im Leipzig durch Umzüge in den Schulen und Häusern sämtliche Kinder namentlich festgelegt worden seien, die der Gesundheitspflege entgegen. Es fehlte aber am notwendigen Personal, die Hausbesuche durchzuführen. Hier stand man vor dem Dilemma: Die große Zahl der unehelichen Kinder werde unter den kleinen Kindern und den Schulkindern, während die Kinder bis zum ersten Lebensjahre sehr in ganz wenig unbeaufsichtigt waren. Die Unterbringung der unehelichen Kinder erfordere die vorhandenen Institute nicht aus. Auf Aufforderung der Röhren der Gesundheitspflege trägt die Fakultät 5. Planung des Kopf der weiblichen Bevölkerung, wodurch monatlich über 16.000 M. eingenommen würden. — Prof. Dr. G. H. H. forderte eine Verbesserung der Röhren der jetzt fast demnachgelassenen Kleinkinder.

Aufhebung des Hausbesuchsverbots.

In einer Bekanntmachung über Fleischselbstversorgung und Hausbesuche werden die bisher gültigen Bestimmungen über diesen Gegenstand zusammengefaßt und das seit Januar bestehende Hausbesuchsverbot, von dem im allgemeinen nur bei Einreisenden Ausnahmen gemacht werden konnten, aufgehoben. Da Schweine fast nur noch zum Zweck der Selbstversorgung gehalten werden und daher für die allgemeine Versorgung mit Schweinefleisch, insbesondere zur Herstellung einer nur einigermaßen schmackhaften Wurst nur ganz wenige Tiere zur Verfügung stehen, wird vorgeschrieben, daß der Hausbesuchende entweder ein anderes ganzes Schwein oder ein Schweinequartel dem Kommunalverband gegen entprechende Verabreichung zur Verfügung stellen muß. Nach dieser Verfügung sind die zahlreichen Verabreichungen der Selbstversorger um eine neue beträchtlich vermehrt worden. Für eine bessere Erfüllung der Ablieferungspläne wird dagegen nicht genügend gesorgt.

Junger wieder Schwierigkeiten bei der Kartoffelversorgung.

In Sachsdorf bei Wilddruff hat der Gemeindevorstand allen jetzigen bedürftigen Verlegungen zwischen dem Gemeindevorstand in die bei den Bauern anfragen lassen, daß die Kartoffelproduktion nicht befriedigt werden könnte. Das ist das die Amtshauptmannschaft Weizen, in deren Bezirk Sachsdorf liegt. Ein Wunder ist es allerdings nicht, wenn die Ortsgewaltigen in diesem Bezirk sich Eigenmächtigkeiten erlauben, denn eine solche ist die bereits geäußerte Verfügung dieser Behörde, daß Landkassettensorten vor der Verlesung gesperrt sein müssen, im Grunde auch.

Ueber den Begriff Kartoffelerzeuger

herrscht vielfach noch Unklarheit. Als Erzeuger kann nur derjenige angesehen werden, der Kartoffeln selbst ausgelegt hat. Verboten, die Kartoffeln zu kaufen, gelten nicht als Erzeuger. In diesen Fällen findet die volle Anrechnung der geernteten Kartoffeln statt, wie aus der heutigen Bekanntmachung des Stadtrats hervorgeht. Die Anrechnung muß durchgeführt werden, da sonst große Mengen Kartoffeln, die der Stadt auf ihren Bedarfsanteil verrechnet worden sind, fehlen und somit die Versorgung der Allgemeinheit darunter leiden würde.

Schätz. Die Deutsche Kaiserhoff-Ausstellung Leipzig 1918 wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am 21., sondern erst am 23. Oktober, möglicherweise, wenn es die Witterungsverhältnisse gestatten sollten, erst am 31. Oktober geschlossen. Bis dahin bleibt die Ausstellung täglich von 9 Uhr vormittags bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet. Im Laufe der nächsten Tage wird der 4. Millionen Besucher zu erwarten sein, ein Besuchsergebnis, das noch keine der vorausgegangenen Ausstellungen zu vergleichen hat.

Stadt-Chronik.

Die Städte und die Kriegsfolgen.

Die nächsten Wochen und Monate können die Liquidation des Krieges bringen. Den Friedensüberlegungen wird für Deutschland die Demobilisierung der großen Millionenheere auf dem Fuß folgen. Dies wird zusammenfallen mit der Einstellung der Kriegsindustrie. All das fällt in eine Zeit, in der die Landwirtschaft nur noch sehr wenig Beschäftigung hat, so daß viele Millionen, die bei einer Demobilisierung im Frühjahr und im Sommer von der Landwirtschaft aufgezogen werden könnten, in Stadt wie in Land keine Arbeit finden dürften.

Heim überblickt ausgearbeitete Demobilisierungspläne bescheiden mit einer zwei- bis dreijährigen Zeit der Demobilisierung rechnen man. Dabei man doch, daß wir den Frieden nicht werden nach einem völlig siegreichen Kriege, wobei wir viele Gebiete im Osten, den Kaukasus, die skandinavische Halbinsel, die baltischen Provinzen, im Westen Belgien und Frankreich, Ost- und Teile der Balkanhalbinsel als Hauptbestand in Händen behalten würde, bis wir alles in dem besetzten Gebiete abgebaut haben und bis die Gegner die von uns angebotenen Bedingungen erfüllt haben werden. Alle diese Demobilisierungspläne sind heute nicht einmal mehr festzulegen, denn die Voraussetzung für diese Demobilisierung besteht nicht mehr.

Wir werden alles Gebiet, das wir in feindlichen Ländern besetzt halten, räumen müssen, den Kaukasus wie die Ostseegebiete, transsibirischen wie belarussischen Boden, wir müssen räumen, daß wir uns noch weit mehr idyllische Gebiete werden räumen müssen. Man wird den raschen Abmarsch unserer Truppen aus den feindlichen Gebieten als die aller schwerste Friedensbedingung zu betrachten haben. Wir werden alle mit Millionen Heimkehrenden zu rechnen haben. Schicksal erweisen wir sie seit Jahren und glücklich werden wir sein, daß sie nicht mehr jede Stunde dem Tode ins Angesicht zu sehen haben, aber sie werden den Hunger zu spüren haben in der Heimat, wenn wir nicht rasch und gründlich Sorge tragen, daß die operierenden Soldaten schnell Arbeit finden. Das wird es lange dauern, bis wir allen Arbeitlosen können, denn die Landwirtschaft wird stillstehen, die Kriegsindustrien werden ruhen, der Rohstoffmangel wird unsere Industrie einengen, die Produktionsleistungen werden fehlen und die Geldwertung wird ein Dürbnis für die Städte der Rohstoffe sein, die wir auf das dringendste benötigen.

Zeitlich beim besten Willen von Reich, Staat, Gemeinden und Unternehmern, Arbeit zu beschaffen, wird man mit einer gewaltigen Arbeitslosigkeit für die Zeit nach dem

Kriege rechnen müssen. Leider ist viel zu wenig für die Demobilisierten und für die Arbeiter der Kriegsindustrie vorgesorgt worden. Immer wieder ist in unfremde Hände geordnet worden, die Arbeitslosenversicherung während des Krieges von der Regierung zu erzwingen. Der Krieg hat lange genug gedauert, um diese wichtige Voraussetzung einer losgelassenen Demobilisierung selbst durch die faulemüde Bürokratie zu schaffen. Sie hatte aber für ihre Demobilisierungspläne — genial wie unsere Diplomatie — nur die Vorbedingung des vollen deutschen Sieges.

Die Sozialdemokratie hat schon vor dem Kriege im Reichstage, wie in den Landtagen, in vielen gemeindlichen Körperchaften, auf die Notwendigkeit, eine Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuführen, hingewiesen. Aber das Reich verweigerte sich trotz vielen Vorbildern Großbritanniens und Australiens hinter dem ganz unrichtigen Einwande, daß die Frage ungeklärt sei. Die Landesregierungen wollten den Gemeinden und dem Reich die Verpflichtung der Arbeitslosenversicherung zuschieben und die Gemeinden, denen die Bundesstaaten alle möglichen Lasten und finanzielle Verpflichtungen aufzwingen erklärten sich anherbeigekannt, die von ihnen durchaus anerkannten, aber weit über ihren Aufgabenkreis hinausgehenden sozialen Aufgabe zu entziehen.

Kun stehen wir aber am Vorabend des Friedensschlusses. Wir haben mit dem Rückzug der Millionenheere, mit der Unmöglichkeit, für die Mehrzahl der Zurückkehrenden bald Arbeit zu schaffen, aber auch mit unabwendbarer Notwendigkeit für sie ausreichend zu sorgen, zu rechnen. Soll man wirklich unsere heimkehrenden Feldgrauen der denken und sie sozial hinunterdrückenden Armenpflege überantworten? Das brächte zu allen bitteren Enttäuschungen, die dieser Krieg gebracht hat, eine, die an Bitterkeit kaum noch übertrumpft werden könnte.

Die Sozialdemokratie betont die Notwendigkeit, daß das Reich für die Demobilisierten und für die Arbeitslosen, vor allem für die arbeitslosen Demobilisierten sorgte. Leopden wir diese Verpflichtung den Gemeinden wieder aufbürden wollen noch können, müßten die Gemeinden, bis das Reich seine Verpflichtung in dieser Hinsicht erfüllt, eine ausgiebige Arbeitslosenversicherung rufen in die Wege leute. Sie soll sofort in Kraft treten, wenn der Krieg zum Abklingen kommt.

Die neue Regierung, die heute dem Reichstage gegenübertritt wird, hat der Arbeitslosenfürsorge, vor allem der Demobilisierten und den durch die baldige Einstellung der Kriegsindustrie arbeitslos werdenden wie auch der Beschaffung der notwendigen Unterkunftsplätze für die Heimkehrenden, ihre gespannte Aufmerksamkeit, alle ihre organisatorischen Fähigkeiten und rationellen Kräfte zu widmen. Welche Taten sind hier nötig?

Jugendliche Diebe auf dem Schlachthofe.

Fortsetzte Diebstähle auf dem Dresdner Schlachthofe beschäftigten wieder einmal das Gericht. Angeklagt waren vier Fleischverarbeiter im Alter von 15-17 Jahren, die sich wegen Diebstahls, und fünf Einwohner aus dem Vorort Weichseln, die sich wegen Heberei, sowie alle außerdem noch wegen Kriegsverbrechen zu verantworten hatten. Die Verurteilten saßen in den Monaten November und Dezember 1917 bis März d. J. aus verschiedenen Anlässen des Schlachthofes in rohem und geräucherterem Zustand, Speck und Schinken. Ihre Leute verkauften sie an die wirtschaflichen Einwohner, nicht, ohne sich an die gesetzlichen Preisbestimmungen zu halten. Die verschiedenen gefohlenen Posten betragen 1 bis 10 Pfund. In die Kühlhallen gelangten sie teils durch Einsteigen, teils mittels Nachschlüssel. Auch in diesen Straftaten sind wieder die Folgen des Krieges zu erblicken. Von den Verurteilten hat keiner wegen Hungers gelitten. Sie erbeuteten aber alle der nötigen Jute. Die Bäter und zum Teil auch die Mütter waren von Seere eingesetzt. Von anderen jungen Leuten haben sie, daß sie sich dem Diebstahl und Verbrechen in jeder Art beten, zu denen sie kein Ziel hatten. Auf der anderen Seite wurden sie von der Nachbarschaft gemißt, ihnen doch ein Stückchen Fleisch gegen Verabreichung zu liefern. Von den Mitangeklagten antwortete ein Mann auf die Frage des Richters, wie sie von 10 jungen Leuten das Fleisch kaufen könnten, sie müßten doch sofort an unredlichen Erwerb denken, mit den Worten: „Vomger ist noch die jungen Diebe erzielten Gefängnisstrafen von fünf Monaten bis zwei Wochen Gefängnis bis zu 30 Pf. Geldstrafe verurteilt.“

Große Lederdiebstähle.

In der Fabrikfabrik Kötter wurde in der Nacht zum 2. April d. J. eine Anzahl Treibriemen gestohlen, die einen Wert von über 3000 M. repräsentierten. Man würde noch nach den Dieben, da wurde schon wieder ein anderer Lederdiebstahl in einem Ledergeschäft der Vorstadt Strehlen gemeldet. In der ersten Hälfte des Monats Mai wiederholten die Diebe noch zweimal ihre Verstehe und haben jedesmal einen Posten vernichtet. Bei den Verhaftungen der Folge, erzählt sie, daß der Schuhmachermeister Emil Verhauf in Hauptstadt höhere Posten Leder gekauft hatte. Man handelt vor dem Hinterhause der obengenannte Inland, der Feldner Heinrich Keger, der Buchdruckerarbeiter Franz Johann Hermann, der Bäcker Max Viktor Alex, der Händler Karl Wügel, der Arbeiter Bernhard Verhauf und der Mechaniker Max Richard Thomas. Die Anklage lautet auf schweren Diebstahl, Verhaftung und Heberei. Durch die Verhaftung wurde als Verlicher des Diebstahls in Kötter Kötter festgestellt. Er war früher dort Lagerverwalter, er aber mit dem Profieren in Differenzen gekommen und entlassen worden. Er ist in genannter Nacht von der Lederampe durch ein Fenster in das Lager gestiegen, hat die Riemen herausgeholt und mittels Danmagens fortgebracht. Die drei Diebstähle in dem Ledergeschäft in Strehlen haben Hermann und Alex ausgeführt. Er war vorher dort Arbeiter und hatte Vorkaufsmittel. Er hat das Leder von beiden Stellen gekauft, er will aber nicht wissen, daß das Leder durch irrtümliche Handlungen erlangt worden ist. Wügel hat 11 zum Kauf des Leders 600 M. geliehen, sich aber dafür zwei Rollen Sockenleder als Pfand mit nach Hause genommen. Wügel hat von K. in dem Kaufmannsladen einer Frau Sauter Lederplatten zu 10 Pfund Stiefelsohlen für 324 M. gekauft. Auch 24 hat einige Paar Socken von K. kauft. Wügel hat von K. in dem Kaufmannsladen in Veracht. Das Urteil lautet bei K. auf ein Jahr, bei A. auf drei Jahre, bei H. auf ein Jahr, bei K. auf zwei Jahre drei Monate, bei S. auf drei

Monate und bei 24 auf zwei Wochen Gefängnis. Das Verfahren gegen Werlig wurde abgetrennt.

Die Störungen im Fernsprechebetrieb, die jetzt in Dresden die Benutzung des Fernsprechers außerordentlich erschweren, werden unter andern weniger wichtigen Gegenständen in der Stadiverordnetenversammlung am Donnerstag abend besprochen werden.

Die Ortsgruppe Dresden der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltete am Montag im Saale der Allgemeinen Crisfrankenkasse einen außerordentlich zahlreich besuchten Vortragsabend für Frauen.

Einen großen Raubzug verübten Diebe in Nöblichbröda. In einer Villa an der Alleestraße, deren Bewohner abwesend waren, wurde ein Schaden von 40000 M. angerichtet.

Wer gehört heute zu den Minderbemittelten? Die Verantwortung dieser Frage hat den Behörden schon mancherlei Kopfzerbrechen gemacht. In Hamburg ist jetzt anlässlich der Minderbemittelten folgende Entscheidung getroffen worden:

Lebensmittelverteilung. Von den Nahrungsmitteln auf die Zeit vom 29. September bis 24. Oktober wird Abchnitt I der gelben Nahrungsmittelliste A mit 1 Pfund Weizenmehl geliefert.

Reise von Sarrasani. Am 13. d. M. schiffte der Circus Sarrasani sein Gesinde in der Albertstraße zu Leipzig. Nach Verladung des Berliner und Leipziger Gesindes kehrt Sarrasani nunmehr nach Dresden zurück.

Verlässliche Nachrichten. 2000 M. Gelohnung! Zu dem Einbruch in ein Gardinen- und Seidenhaus der Karlsruhstraße, bei dem den Dieben 20000 M. Seiden- und Wollestoffe in die Hände fielen, teilte die in Wittenberg halt gegessene Wittenbergsche Versicherungsgesellschaft mit, daß sie 10 Prozent Belohnung für Wieder-

berbreitung der gestohlenen Waren zahle. — Bei einer Gefährdung in Weindöblich ging ein Sonderzug von 50 Waggonen aus, enthaltend 51 Waggonen mit lebendem Geflügel und Kanarienvögeln.

Aus der Umgegend.

Erntebau. Belieferung von Abchnitt II der Röhrenmittel-Liste und Ausgabe des angemeldeten Mehles.

Deuten. Kartellabgabe. Die am Montag ausgefallenen Bezugspreise für Speisefarbstoffe zum Preise von 8 M. für den Pentner sind heute Mittwoch im Güterbahnhof Hainberg einzuholen.

Rebeseul. Parmelade kommt Donnerstag den 10. Okt. auf Grund der bestehenden Sanktionen für Parmelade zur Verteilung.

Paula-Weißdorf. Ein tödlicher Unfall ereignete sich Dienstag abend auf dem Bahnhof Weißdorf durch vorzeitigem Aufspringen vom Zuge.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Aufwärtsentwicklung des Holzarbeiterverbandes.

Jahrbuch 1917 des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand, Berlin 1918. Verlagshaus des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H., 304 Seiten.

Das im Jahrbuch zusammengetragene Material legt bezeugend Zeugnis ab von der Mannigfaltigkeit der Aufgaben, denen sich die Gewerkschaften mehr und mehr unterziehen.

Eine Verklärung der Arbeitszeit wurde in 95 Betrieben für 12 Stunden beteiligte Personen von insgesamt 42303 Stunden oder 34 Stunden pro Woche erreicht.

Dem vom Verbandsvorstand geführten Kampfe gegen die Unfallsgefährdung wird, wie aus der beizufolgenden Unfallstatistik hervorgeht, von den Mitgliedern nicht immer das erforderliche Interesse entgegengebracht.

Die Mitgliederzahl ist von 66248 am Jahresbeginn 1916 auf 90287 gestiegen. Die Kassenverhältnisse haben eine wesentliche Besserung erfahren.

Ohne Zweifel werden dem Verband nach Beendigung des Krieges wieder diejenigen Kräfte zuströmen, die die Organisation der Holzarbeiter befähigen den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder auch für die Zukunft mit Erfolg zu führen.

Briefkasten.

H. S. Postkoppel. Sie können Antrag auf Gewährung von Kriegsgeldern stellen. Doch wird dieses nur gewährt, wenn eine Bedürftigkeit hierfür anerkannt wird.

M. A. Nachschleifstraße. 1. Wir haben Ihnen bereits geantwortet, daß wir die Frage wegen der Regimentsgliederung nicht beantworten können.

5. Klasse der 173. Rgl. Gmfl. Landeslotterie.

6. Ziehungstag am 8. Oktober 1918. (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and amounts. Columns include prize amounts (e.g., 5000 M., 3000 M.) and corresponding winning numbers.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Rsg Sach, Dresden.

Advertisement for Tymians Thalia Theater, including phone number 14380 and address information.

Large advertisement for 'Der neueste Operettenschlager! Schwarzwaldmädel' featuring a list of songs and prices, and a 'Residenz-Kaufhaus' advertisement.

